Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Eingesandt 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Karl Beihke in Nähnitz-Hellerau.

Nr. 106 | Dresden, Montag, 7. Mai | 1928

Der Reichsaußenminister ermahnt zur Völkerverständigung.

Heidelberg, 7. Mai.

Nach einleitenden Worten, in denen der Reichsminister der staatswissenschaftlichen, der philosophischen und juristischen Fakultät der Universität seinen Dank für die ihm erwiesene Ehrung aussprach, führte Dr. Stresemann u. a. aus:

Es ist ein unseliges Mißverständnis, das Nationale und das Internationale als Gegensatz hingestellen und mit dem Begriff des Internationalen den Vorwurf des Nichtnationalen zu verbinden. Damit möchte ich in keiner Weise jenen politischen und geistigen Strömungen das Wort sprechen, die sich auf der Ansicht aufbauen, wie wenn das Internationale das Höhere der Gestaltung des menschlichen Daseins darstelle, und die in dem Nationalen nur eine vorläufige Form sehen, dazu bestimmt, dereinst in der jüngeren Form aufzugehen. Das ist ein schwerwiegender Irrtum. Auch bei höchster geistiger Entwicklung wird der Mensch sich niemals von den Blutströmen lösen, die sein eigen sind auf Grund der Tradition seines Volkes. Die größten Denker und Dichter, die allen Völkern Großes und Mächtiges zu sagen hatten, haben das Höchste ihrer Kraft nur da gegeben, wo sie im nationalen Boden wurzelten. Shakespeare ist ohne England, Goethe ohne Deutschland, Dante ohne Italien, und alle ohne die Zeit, in der sie lebten, nicht zu verstehen. Ebenso wird niemals eine Weltorganisation aufzubauen sein, ohne die feste natürliche Grundlage, die in den zu nationalen Staaten zusammengeschlossenen einzelnen Völkern besteht. So wie die Wurzeln der Kraft der einzelnen Staaten in der Kraft der ihnen angehörenden einzelnen Persönlichkeiten liegen, so werden die Wurzeln des internationalen Lebens in der Gesundheit der einzelnen Staaten der Weltgemeinschaft liegen, und das Völkerrecht wird, wie Kant ausspricht, nur auf einem freien Föderalismus der Völker aufgebaut werden können. Wer die Vereinigten Staaten von Europa aufbauen will auf irgendeinem Menschheitstypus, der seinem theoretischen Denken vorschwebt, der verkennt die realpolitische Entwicklung der Dinge und stößt diejenigen zurück, die in der wirtschaftlichen und politischen Verbundenheit selbständiger Völker einen Fortschritt zu sehen vermögen.

Die Einordnung des Einzelnen in eine Gesamtheit ist für den Einzelnen kein Verzicht und kein Verlust. Gleichwie die Persönlichkeit nichts von sich aufgibt durch Einordnung in die Volksgesamtheit und in die Ordnung des Staates, sondern wie dadurch erst der Impuls sich entfaltet zur Konzentrierung aller Kräfte und zu der eigentlich sittlichen Betätigung, die nur in dem Streben nach einem höheren Ziele liegen kann, so gilt dasselbe für die Einordnung des Volkes in die organisierte Gesamtheit der Kulturwelt. Beide Voraussetzungen, von denen eine wirklich dauernde und fruchtbringende internationale Ordnung abhängt, sind einstweilen noch nicht erfüllt. Es ist noch nicht zwischen den einzelnen Staaten derjenige Ausgleich erfolgt, den die Natur der Dinge gebietet, und der ein gleichberechtigtes Nebeneinanderleben gewährleistet. Ebenso müssen die Formen für den internationalen Zusammenschluß selbst noch gefunden werden.

So ergibt sich eine doppelte Aufgabe für die internationale Politik, und in besonderem Maße für die deutsche Politik:

die Sicherung eines freien gleichberechtigten Deutschlands mit allen anderen Staaten zusammen in eine stabile internationale Form.

Es ist vielleicht nicht zu gewagt, die Behauptung aufzustellen, daß, wenn Bismarck in den entscheidenden Jahren nach der Reichsgründung in den Kabinetten der europäischen Großmächte gleichgesinnte Staatsmänner vorgefunden hätte, schon damals eine organisatorische Zusammenarbeit im Dienste des Friedens erreicht worden wäre. Bismarck war kein Freund der Zerteilung in Bündnisgruppen. Erst durch den historischen Brief des Zaren an Wilhelm I., in dem Deutschland in fast ultimativer Form zu einer Option zwischen Rußland und Österreich aufgefordert wurde, ist Bismarck auf den Weg des Zwei- und dann des Dreibundes gedrängt worden, und er hat sich bis zum letzten Tage seiner Amtszeit bemüht, diesem Bündnis jeden friedensstörenden Charakter zu nehmen und andere Großmächte zu vertrauensvoller Zusammenarbeit zu gewinnen. Die Generation nach Bismarck hat diese Politik nicht mehr verstanden. Überhaupt scheinen mir gerade die Jahre von Bismarcks Abgang bis zum Ausbruch des Weltkrieges gekennzeichnet durch einen wachsenden Fatalismus der öffentlichen Meinung in allen europäischen Ländern. Es kann hier unerörtert bleiben, ob diese Stimmung einer Wandlung fähig gewesen wäre. Für eine aufrichtige, von Hintergedanken freie und in klarer Erkenntnis des ureigenen Interesses jeder einzelnen Macht verfolgte Politik der Verständigung waren die Gemüter noch nicht reif. So erklärt sich wohl auch, daß die zum Teil kraftvollen Versuche, die hier und dort in vorletzter Stunde gemacht wurden, um die Kluft des Mißtrauens zu überbrücken und zu positiver Zusammenarbeit, wenigstens auf ganz bestimmten eng umgrenzten Gebieten, zu kommen, — Versuche, die uns allen in lebhafter Erinnerung sind, zum Scheitern verurteilt waren.

Der Weltkrieg hat dieses gegenseitige Mißtrauen ins Riesenhafte vergrößert. Er hat aber zugleich in allen Völkern, kriegführenden und neutralen, die Erkenntnis zur Reife gebracht,

daß es nicht so weiter geht, daß die Menschheit und insbesondere das alte Europa rettungslos der Zerfleischung verfallen würde, wenn es nicht gelingen sollte, aus dem System der internationalen Anarchie, der unbeschränkten Herrschaft des nationalen Egoismus, der Bündnisse und Gegenbündnisse herauszukommen.

Und so bietet die Nachkriegszeit zunächst ein sonderbares Bild des Nebeneinander von rücksichtsloser Anwendung des nationalen Machtprinzips und von zäh verfolgten Bemühungen, ein neues System der Völkerverständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung aufzubauen. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, das Auf und Ab dieses Gegensatzes zweier großer Strömungen im einzelnen nachzuzeichnen, noch auch die organisatorische Seite des Verständigungsproblems in allen ihren juristischen Verästelungen hinein zu verfolgen, wohl aber liegt mir daran, in diesem Augenblicke die großen Grundlinien zu entwickeln, die für die deutsche Außenpolitik in ihrem Bestreben, zu einer Annäherung und Verständigung der Völker beizutragen, maßgebend sind.

Völkerverständigung und Kriegsverhütung bedingen sich gegenseitig.

Daß ohne Verständigung der Völker auf die Dauer kriegerische Verwicklungen bei der Natur des Menschen nicht ausgeschlossen werden können, liegt auf der Hand. Umgekehrt kann die Verhütung des Krieges nicht als Ziel angesehen werden.

Mit der Vermeidung des Krieges muß der Aufbau derjenigen Institutionen Hand in Hand gehen, welche unausführbar gewordene Verträge auf friedlichem Wege abzuändern in der Lage sind.

Diese Wechselverhältnisse spiegeln sich auch tatsächlich in der Geschichte der letzten Jahre deutlich wider, in der die wirtschaftliche Verständigung durch das Londoner Protokoll am Anfang steht, die Vereinbarungen zur Kriegsverhütung von Locarno nebst Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sich daran reihen und die Bemühungen zu einer weiteren geistigen Annäherung und zur Bereinigung politischen Konfliktstoffes im Gange sind.

Gerade jetzt sind wir wiederum Zeuge einer großen politischen Aktion, die beweist, wie die wirtschaftliche und geistige Annäherung dem Gedanken der Verbannung des Krieges aus den Methoden internationaler Politik förderlich ist. Hat doch erst die Entpolitisierung des Reparationsproblems, wie sie unter entscheidender Mitwirkung der Vereinigten Staaten von Amerika in London zustande gekommen ist, vermocht, die Abneigung der Vereinigten Staaten gegen die vertragsmäßige Zusammenarbeit mit Europa im Dienste der Kriegsverhütung so weit zu überwinden, daß wir heute die amerikanische Regierung mit einem in großen und einfach klaren Linien gezeichneten Entwurf eines Weltpaktes zur Ächtung des Krieges hervortreten sehen.

Verfehlt wäre es, die Fortführung der Verständigungspolitik ausschließlich auf wirtschaftliche Momente einzustellen und solchermaßen die Politik überhaupt geradezu zu einer Funktion der Wirtschaftsentwicklung zu machen. Dazu ist doch schon zuviel Arbeit im Dienste internationalen Zusammenlebens, unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen, geleistet worden, und zu vielfach sind die Richtungen, in denen sich diese Arbeit bewegt.

Deutschland nimmt seit bald zwei Jahren an den Arbeiten des Völkerbundes teil. Es ist eingetreten nicht in dem Glauben, daß nun mit einem Schlage das Ideal einer auf Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung der nationalen Interessen begründeten Völkergemeinschaft hundertprozentig verwirklicht würde. Es hat sich an allen Arbeiten beteiligt in einer Weise, die bestimmt war durch die Erwägung, daß seine eigenen Interessen mit denen aller anderen Nationen insofern übereinstimmen, als ihnen am besten durch eine Lösung der bestehenden Konflikte im Geiste freundschaftlicher Verständigung und im Zeichen des Rechts gedient ist. Die Welt wird sich aber klar darüber werden müssen,

daß auf die Dauer ein solches Handinhandarbeiten nur möglich ist zwischen Mächten, die einander ganz allgemein auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandeln, und die ehrlich bestrebt sind, die zwischen ihnen noch bestehenden Konfliktsstoffe im Wege gegenseitigen Entgegenkommens zu beseitigen. Es hieße die Institution des Völkerbundes zu einem bloßen technisch-administrativen Apparat herabzuwürdigen, wollte man es als einen erträglichen Zustand bezeichnen, daß eine Völkerbundsmacht auf dem Territorium einer anderen Macht Truppen unterhält. Die Welt wird sich auch darüber keiner Täuschung hingeben dürfen, daß der Völkerbund bewertet werden wird nach seinen Erfolgen in der Frage der Abrüstung und der Beseitigung der ungeheuren

Der Karlsburger Kongreß der rumänischen Bauernpartei fordert den Rücktritt der Regierung.

Bukarest, 7. Mai.

Die bisherigen Meldungen aus Karlsburg lassen erkennen, daß die Kundgebung der rumänischen Agrarpartei in Karlsburg alle Erwartungen übertroffen hat. Karlsburg ist von einer ungeheuren Menge überfüllt. Man spricht von 200 000 Menschen, die dort zusammengekommen sein sollen.

Die Belgrader „Pravda" gibt eine eingehende Schilderung über den Verlauf der Karlsburger Bauerntagung, an der über 2000 Gemeinden aus 71 Kreisen vertreten waren. Das Blatt schreibt: Schon am frühen Morgen sei der Hauptplatz von Karlsburg mit dichten Menschenmassen angefüllt gewesen.

Die Führer der Nationalen Bauernpartei, Manin und Michalache, hätten die Entschließung gegen die Regierung begründet, die sofort angenommen wurde. In der Entschließung wird die Treue zum Vaterlande, ein Gruß an den Völkerbund als Friedenshort und ein Dank an die Verbündeten des Weltkrieges zum Ausdruck gebracht. Betont wird, daß die Regierung Bratianus nur durch Staatsstreich ans Ruder gekommen sei. Sie müsse eine Regierung des Rechtes, einer Regierung Manin, Platz machen. Manin ist mit dieser Entschließung noch heute nach Bukarest gereist, um sie dem Regentschaftsrat zu unterbreiten.

Sechs andere Redner sprachen noch in öffentlichen Versammlungen. Die Menge schwor mit erhobener Hand, alles zum Sturz der Regierung Bratianu tun zu wollen. Ein Abgeordneter sprach mit Nachdruck von einem durchaus notwendigen Marsch auf Bukarest. Die Karlsburger Demonstranten marschierten zu einem großen Teil nach Klausenburg, wo morgen eine Massenversammlung stattfinden soll, der Manin die Antwort des Regentschaftsrates überbringen soll.

Auch in Bukarest fanden gestern unter Teilnahme von 30 000 Menschen zwei Versammlungen der Nationalen Bauernpartei statt. Zu langen Demonstrationszügen begaben sich die Teilnehmer durch die von Militär stark besetzte Stadt, ohne daß Zusammenstöße erfolgten.

Wie die Bukarester Agentur Orientradio meldet, ist der Kongreß der Bauernpartei ohne alle Zwischenfälle verlaufen, ebenso ähnliche Versammlungen in Crajova, Cernowitz, Jassy, Braila. In allen Fällen wurden Entschließungen angenommen, die sich scharf gegen die liberale Partei und die von ihr verfolgte Politik aussprechen und fordern, daß die Macht an die Bauernpartei übergeht.

Prinz Carol und der Karlsburger Parteitag.

London, 7. Mai.

Prinz Carol — der sich, wie bekannt, zurzeit in Genf aufhält — hat nach den Berichten einzelner englischer Blätter an die Tagung der rumänischen Bauernpartei in Karlsburg ganz besondere Erwartungen geknüpft. Schon der „Sunday Express" veröffentlichte ein Interview mit dem Prinzen, in dem Carol aussprach, er erwarte innerhalb der nächsten 24 Stunden wichtige Depeschen aus Rumänien und werde, falls sie das täten, was er erwarte, auf dem politischen Kampfplatz erscheinen, um den letzten entscheidenden Schlag zu führen.

Nunmehr schildert die „Express" den Prinzen als die Hauptfigur einer politischen Verschwörung, die seine Rückkehr auf den Königsthron und den Sturz der gegenwärtigen rumänischen Regierung zum Ziel gehabt haben soll. Prinz Carol habe in England Flugzeuge gemietet, die ein von ihm an das rumänische Volk gerichtetes Manifest in Massen über Rumänien abwerfen sollten. Dieser Teil des Planes sei gescheitert. Während die Flugzeuge in Croydon warteten, hätten die britischen Behörden von dem Plan erfahren und den Abflug verboten. Carol habe darauf einen englischen Agenten in geheimer Mission nach dem Kontinent gesandt. Angeblich solle er versuchen, die Unterstützung der ungarischen Regierung für Carol zu erhalten. Carol werde als Gegenleistung versprechen, für eine Revision des Trianonvertrages zu wirken. Das Blatt veröffentlicht eine Photographie des Manifestes „An das rumänische Volk!", das aus Londen vom 5. Mai datiert ist, sein Bild trägt und u. a. ausführt:

„Ich will durch Euren Willen zurückkehren, um Rumänien zu seinem rechten Platz in der Welt zu führen. Ich wünsche, zu meinem Kind zurückzukehren und es zu einem würdigen Nachfolger der Dynastie zu machen. Ich erkläre, daß ich mein Land gegen meinen Willen verlassen habe, gezwungen durch unglückliche Umstände. Frau Lupescu war nicht die Ursache meines Weggangs und sie wird mich nicht verhindern, meine Pflicht gegenüber meinem Lande zu tun."

Carol appelliert an alle Rumänen, sich um ihn zu scharen, unter der Losung: Freie Wahlen, Freiheit der Presse, Reinigung des Heeres und des Gerichtswesens von politischen Einflüssen, Abschaffung der Monopole und Unterstützung der Bauern.